

Resolution des KV Karlsruhe: Lernort Kislau mit Dokumentationszentrum

Bereits vor zwei Jahren hatte sich die Kreismitgliederversammlung der Karlsruher Grünen mit dem Thema „Lernort Kislau“ befasst und bei der Landesregierung dafür plädiert, dass am Standort des ehemaligen KZ Kislau eine Lern- und Gedenkstätte mit einem Dokumentationszentrum eingerichtet wird. Vorgestellt wurde die Ideenskizze vom Verein „Lernort Zivilcourage & Widerstand – Historisches Lernen für ziviles Widerstehen“.

Die grün-rote Landesregierung hat im Landeshaushalt die Mittel für die Entwicklung einer Konzeption und Planung für den Lernort eingestellt. Das Projektteam hat ein detailliertes Themenraumkonzept erarbeitet, das im Mai in gedruckter Form vorliegen wird. Zudem läuft derzeit auftragsgemäß ein Architekturwettbewerb für das Lernortgebäude. Auf dem historischen Gelände soll der künftige Lernort Kislau als ein Ort des Erlebens, der Information und der Begegnung erfahrbar sein. Vor allem junge Menschen sollen dort konkrete Handlungsspielräume für ihren eigenen Alltag erfahren.

Die Kreismitgliederversammlung der Karlsruher Grünen setzt sich dafür ein, dass die Realisierung des Lernorts Kislau weiter gesichert werden muss, weil

- außerschulische Geschichtsprojekte wie Kislau, die nicht den NS-Terror und/oder nur den späten Widerstand gegen das NS-Regime, sondern dezidiert den Gang in die Diktatur bzw. die Frage nach dessen Vermeidbarkeit in den Mittelpunkt einer handlungsorientierten Vermittlungsarbeit stellen, in heutiger Zeit dringlicher sind denn je;
- der Lernort einen besonderen Schwerpunkt auf den frühen Widerstand in den Zwanziger Jahren legen will, um zu verdeutlichen, dass man undemokratischen, ganze Bevölkerungsgruppen ausgrenzenden Kräften beizeiten widerstehen muss und kann;
- es als Pendant zum Dokumentationszentrum im württembergischen KZ Oberer Kuhberg in Ulm, zur im Entstehen begriffenen ehemaligen württembergischen Gestapo-Zentrale „Hotel Silber“ sowie zu einer möglichen künftigen Gedenkstätte für den letzten württembergischen Staatspräsidenten Eugen Bolz wenigstens **eines** Ortes bedarf, an dem auch die badische NS-Geschichte professionell aufbereitet wird;
- auch den jungen Menschen aus dem westlichen (sprich: badischen) Landesteil ein für sie in angemessener Zeit erreichbarer außerschulischer Lernort geboten werden muss, an dem die Geschichte ihres eigenen regionalen Umfelds behandelt wird;

Hintergrund: Nach der sogenannten „Machtergreifung“ errichteten die Nazis im Laufe des Jahres 1933 vier Konzentrationslager auf dem Gebiet des heutigen Landes Baden-Württemberg. Während drei davon wieder aufgelöst wurden, blieb das zentral an der Bahnstrecke zwischen und Bruchsal und Heidelberg gelegene KZ Kislau von April 1933 bis 1939 bestehen. In diesem Zeitraum wurden dort über 700 Regime-Gegner, mehrheitlich Kommunisten und Sozialdemokraten, ohne jegliche Rechtsgrundlage festgehalten. Darunter waren der ehemaligen badische Innenminister und Staatschef Adam Remmele sowie der ehemalige badische Justizminister Ludwig Marum, der ein halbes Jahr später dort von SA- und SS-Schergen ermordet wurde.